



## „Technologisch an der Spitze bleiben“



Carsten Linnemann über Wirtschaft 4.0, lebenslanges Lernen und den Bedarf an Fachkräften

**Deutschland muss auch in Zeiten der Digitalisierung wettbewerbsfähig bleiben. Wie das gelingen kann, darüber äußert sich im Vorfeld des CDU/CSU-Kongresses "Innovationen, Wettbewerb, Zusammenhalt: Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft" Unions-Fraktionsvize Carsten Linnemann.**

### Herr Linnemann, die Wirtschaft ist auf einem guten Kurs. Wie kann die Koalition Vorsorge dafür treffen, dass Deutschland international wettbewerbsfähig bleibt?

Linnemann: Vorsorge ist genau das richtige Wort. Für den Moment scheint ja alles in Butter. Wir eilen von Beschäftigungsrekord zu Beschäftigungsrekord. Und auch der Finanzminister kann sich über üppige Steuereinnahmen freuen. Jetzt kommt das Aber: Uns kommen exogene Faktoren zu Gute, also Faktoren, auf die wir quasi keinen Einfluss haben: Die niedrigen Zinsen und ein günstiger Dollar-Euro-Wechselkurs gehören dazu. Beim Ölpreis ist die Herrlichkeit schon wieder ein Stück vorbei. Daneben muss ich immer wieder an den Spruch von Alfred Herrhausen denken: Die meisten Fehler machen Unternehmen, wenn es ihnen gut geht. Dieser Spruch gilt genauso für die Volkswirtschaft. Gerade in guten Phasen besteht die Gefahr, dass man Herausforderungen verschläft. Das darf nicht passieren. Um dauerhaft wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen wir daher zum Beispiel die Breitband-Infrastruktur ausbauen, Energiepreise stabilisieren, dafür sorgen, dass wir über genügend hochqualifizierte Fachkräfte für den Umbruch in unserer Wirtschaft im Zuge der Digitalisierung verfügen – Stichwort Wirtschaft 4.0.

### Was sind die Hauptherausforderungen für die viel beschworene „Wirtschaft 4.0“?

Linnemann: Ich glaube, dass viele sich noch immer kein ausreichendes Bild von Ausmaß und Tempo des technologischen Umbruchs machen. Und der ist bereits voll im Gange – in der ganzen Wirtschaft: Im Banken-Bereich sehen wir die Veränderungen mit dem Rückgang des Filialgeschäfts schon jetzt. In der Zukunft werden autonom fahrende Autos ohne Verbrennungsmotor mit den Autos von heute vielleicht noch die Räder gemeinsam haben. Das Maß der Veränderung wird die industrielle Revolution locker in den Schatten stellen.

Worum geht es jetzt: Zum einen müssen wir im globalen Wettbewerb technologisch an der Spitze bleiben – zum Beispiel mit Modellregionen für den neuesten Mobilfunkstandard 5G oder mit mehr Forschung in Bereichen wie der Künstlichen Intelligenz. Zum anderen müssen wir dafür sorgen, dass die Menschen die nötigen Fähigkeiten haben. Das beginnt mit einer starken Dualen Ausbildung. Das umfasst aber auch das Thema Weiterbildung und lebenslanges Lernen.

### Stichwort Weiterbildung: Was muss getan werden, um die einheimischen Arbeitnehmer für die Digitalisierung fit zu machen?

Linnemann: Hier ist vor allem die betrieblich organisierte Weiterbildung wichtig. Die Betriebe haben das Know-how, sie kennen den Bedarf am besten. Die zunehmende Bedeutung von Weiterbildungen ist ein gutes Beispiel für Dienstleistungen, die im Zuge der Digitalisierung an Bedeutung gewinnen. Umgekehrt bin ich vorsichtig, die Bundesagentur für Arbeit mit Weiterbildungsaufgaben im Zusammenhang mit der Digitalisierung zu überfrachten. Da sind die Unternehmen näher dran.

Weiter auf der nächsten Seite:

Foto: Thorsten Schneider

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,



ein Wort vorweg zu den Turbulenzen innerhalb der Unionsfraktion. Ich bleibe bei meiner Auffassung: Nur eine Zusammenarbeit von CDU und CSU schafft Stabilität für Deutschland und

Europa! Insofern werde ich mich mit aller Kraft für den Fortbestand der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU einsetzen.

Zum Streitgrund möchte ich mich wie folgt positionieren: In der rechtlich sehr komplexen Frage der Zurückweisung von Asylbewerbern an den deutschen Grenzen gibt es bei den Parteivorsitzenden von CDU und CSU unterschiedliche Auffassungen. Die Bundeskanzlerin hat gestern in diesem Zusammenhang vorgeschlagen, beim Europäischen Rat in 14 Tagen eine Lösung in der Problematik auf europäischer Ebene herbei zu führen. In weltpolitisch schwierigen Zeiten mit immer neuen Verwerfungen ist ein europäischer Konsens immer der bessere Weg. Sollte dies abermals nicht gelingen, wird man über eine nationale Regelung reden müssen.

Des Weiteren haben wir in dieser Woche die Neuregelung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten beschlossen. Damit haben wir insbesondere Klarheit bei den Voraussetzungen und Ausschlussgründen für eine angemessene und sachgerechte Begrenzung des Nachzugs geschaffen. Ab dem 1. August 2018 wird nur noch höchstens 1.000 Personen pro Monat aus humanitären Gründen der Nachzug zu subsidiär Schutzberechtigten gewährt. Familiennachzug zu Gefährdern schließen wir mit diesem Gesetz grundsätzlich aus. Mit der Neuregelung lösen CDU und CSU ein wesentliches Wahlversprechen ein, welches vor allem im Sinne unserer Kommunen ist und einen großen Beitrag zum Erhalt des gesellschaftlichen Friedens in unserem Land leistet.

Diese und weitere Themen und Termine begleiteten meine Arbeit in dieser Woche in Berlin:

- Gespräch mit Schülerinnen und Schülern der Sekundarschule Sassenberg
- Meinungsaustausch mit Vertretern der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG)
- Anhörung des Verkehrsausschusses zu Stuttgart 21
- Austausch der NRW-Bundestagsabgeordneten mit dem Wirtschaftsrat NRW

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters und ein erholsames Wochenende.

Ihr

Reinhold Sendker MdB

Fortsetzung:

### **Wieviel Einwanderung in den Arbeitsmarkt brauchen wir?**

Linnemann: Beim Thema Fachkräfte geht es nicht nur um Einwanderung. Wir setzen auf drei Säulen – Inland, EU, Drittstaaten. Wir wollen in erster Linie das Fachkräftepotenzial im Inland besser nutzen. Das heißt zum Beispiel: Wir brauchen noch mehr Spielräume und Anreize für flexibles Arbeiten im Alter. Denn gerade die erfahrenen Mitarbeiter können wertvolle Dienste etwa in der Lehrlingsausbildung leisten. Daneben setzen wir vor allem auf Fachkräfte aus der EU. Da ist die Qualifikation meist kein Thema, und die Integration erst recht nicht. Für manche Bereiche werden wir auch Fachkräftezuwanderung aus Nicht-EU-Staaten benötigen. Eines ist dabei ganz wichtig. Es geht hier nicht allein um Fachkräftebedarf von Unternehmen. Es geht am Ende immer um gesellschaftliches Zusammenleben. Integrationsbereitschaft und -fähigkeit sind mindestens genauso wichtig wie die Qualifikation

### **Wie kann man garantieren, dass Arbeitskräfte mit passgenauer Qualifizierung zu uns kommen?**

Linnemann: Das ist tatsächlich nicht ganz einfach. Denn wir haben in Deutschland aus guten Gründen anspruchsvolle Anforderungen an Berufsabschlüsse, die sich umgekehrt als Hindernis für Interessenten erweisen können. Ein Lösungsansatz sind verstärkte Ausbildungskooperationen mit anderen Staaten. Damit können wir sicherstellen, dass die Standards von vornherein passen. Daneben müssen wir uns überlegen, ob Unternehmen gezielt im Ausland sehr gute Kandidaten für Ausbildungen anwerben, die diese Ausbildung dann hier nach den hiesigen Maßstäben absolvieren.

### **Welche Chancen sehen Sie, dass eine Eskalation des Handelskonflikts mit den USA vermieden werden kann?**

Linnemann: Seitens der EU werden wir nur mit WTO-konformen Maßnahmen auf die WTO-widrigen Strafzölle der USA reagieren. Außerdem wird die EU natürlich weiter das Gespräch mit der US-Administration suchen. Ich habe die Hoffnung, dass sich auch im Weißen Haus am Ende die Erkenntnis durchsetzt: Ein immer weiter eskalierender Handelskonflikt hat nur Verlierer. Schon die letzten Monate haben zu einer Verunsicherung geführt, die der gesamten Weltwirtschaft schadet.

### **Wäre „TTIP light“ eine Lösung?**

Linnemann: Bei allen aktuellen Schwierigkeiten sollten wir das Ziel eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA nicht aus den Augen verlieren. Mehr aber noch muss es langfristig gemeinsames Ziel sein, die Welthandelsorganisation zu stärken. Denn diese multilaterale Organisation ist immer noch das beste Instrument, das wir zur Verfügung haben, um einen globalen Ordnungsrahmen für die Weltwirtschaft zu entwickeln – und hoffentlich irgendwann auch einmal durchzusetzen. Bei einem Abkommen mit den USA muss es vor allem um einen Abbau von Zöllen gehen. Daneben sollte man versuchen, ob man bei bestimmten wichtigen, nicht-tarifären Handelshemmnissen weiterkommt, also zum Beispiel bei Industriestandards.

## **Die Musterfeststellungsklage kommt**

Die Koalitionsfraktionen haben bei den Gesprächen zur Einführung einer Musterfeststellungsklage eine Einigung erzielt. Dazu die verbraucherpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Elisabeth Winkelmeier-Becker:

„Wir haben uns in der Koalition geeinigt und werden wie versprochen noch diese Woche die Musterfeststellungsklage beschließen. Aus der Anhörung am Montag haben wir noch einige Anregungen mitgenommen. Wenn viele Verbraucher in gleicher Weise geschädigt sind, haben Sie damit einen einfachen Weg, ihre Anspruchsvoraussetzungen klären zu lassen. Wir haben aber auch Vorkehrungen getroffen, dass diese Klage nicht zu einem Geschäftsmodell werden kann. Die Musterfeststellungsklage wird nun bereits in erster Instanz vor den Oberlandesgerichten verhandelt werden, damit wird der Instanzenzug zum Bundesgerichtshof (BGH) deutlich verkürzt und die Verbraucher erhalten noch schneller ein rechtssicheres Urteil. Da große Schadensfälle, die Gegenstand einer Musterfeststellungsklagen werden, nicht allein Verbraucher, sondern z.B. auch Handwerker oder kleine und mittlere Unternehmen betreffen können, werden wir auch sie besserstellen: So können Gewerbetreibende ihre Klage aus demselben Grund gegen den selben Beklagten künftig aussetzen lassen, bis das Musterfeststellungsverfahren entschieden ist; das schafft ihnen die Möglichkeit, dass das Gericht über ihre Klage in Ansehung der Musterfeststellungsklage entscheiden kann, ohne dass ihr Anspruch dabei verjährt.

Wir hätten gerne gleichzeitig mit diesem Gesetz noch eine Soforthilfe für das Problem der missbräuchlichen Abmahnungen wegen der Datenschutzgrundverordnung eingeschlossen, das war mit der SPD in dieser Form aber leider nicht möglich. Allerdings sind wir uns in der Koalition einig, uns sehr schnell und umfassend um das Thema Abmahnmissbrauch zu kümmern, so wie im Koalitionsvertrag vereinbart.“

### **Impressum:**

Ausgabe Nr. 11/2018,  
14. Juni 2018

**Landesgruppe NRW**  
der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)  
**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck